pro menschenrechte.
contra vorurteile.

FAKTEN UND ARGUMENTE ZUR DEBATTE ÜBER FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Veröffentlicht im Februar 2014

Herausgeber:

PRO ASYL e.V.
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.
E-Mail: proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139, 10115 Berlin
Tel.: + 49 (0)30 240 886 10
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

vorwort

Durch die Zunahme der Zahl von Asylsuchenden gibt es wieder öffentliche Diskussionen über Flüchtlinge. „Asyl ist ein Privileg“ ist dabei oft zu hören, „Ich bin auch arbeitslos“, oder „Wir können doch nicht alle aufnehmen“. Dabei ist zunächst festzustellen: Die Frage, wer bei uns Flüchtlingsschutz erhält, ist gar nicht verhandelbar. Der Anspruch auf Zuflucht vor politischer Verfolgung hat Verfassungsrang in Deutschland. In Europa gelten die Grundrechtecharta und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Genfer Flüchtlingskonvention ist weltweit in 147 Staaten gültig. Auf dieser Grundlage haben Flüchtlinge ein Recht auf eine faire Prüfung ihrer Schutzbedürftigkeit. Den Schutzanspruch von Flüchtlingen kann man weder in Frage stellen noch kontingentieren. Für die Bundesrepublik ist der Schutz von Flüchtlingen eigener Anspruch und Verpflichtung zugleich.

Wenn heute nach Jahren des Rückgangs die Flüchtlingszahlen erneut steigen und Kommunen die Unterbringung von Flüchtlingen neu organisieren müssen, ist die Wachsamkeit der Zivilgesellschaft gefragt. Wieder beginnen Unkenntnis, Vorurteile und Ressentiments zu wuchern, Rechtsextreme mobilisieren, schon kommt es wieder zu Anschlägen auf Flüchtlingswohnheime. Gleichzeitig gibt es heute fast überall, wo es zu Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte kommt, auch eine starke Gegenbewegung.

Wache Bürgerinnen und Bürger stellen sich rassistischer Stimmungsmache entschieden und engagiert entgegen. Wir haben auf den folgenden Seiten Argumente und Fakten zusammengestellt, die in der Diskussion hilfreich sein können.

inhalt

Europa nimmt nur wenige Flüchtlinge auf	6
Nach Deutschland kommen mal mehr, mal weniger Asylsuchende	8
99 % der Asylsuchenden haben gute Gründe	10
Politiker missbrauchen unser Asylrecht	12
Wir können die Probleme der Welt lösen	14
Afrika ist arm und reich	16
Mehr Wohnungen für Flüchtlinge!	18
Vorurteile gefährden die Sicherheit und Ordnung in der Nachbarschaft	20
Eine Willkommenskultur erhält den Wert Ihrer Immobilie	22
Mehr Steuergeld für Flüchtlinge!	24
Einwanderung stützt den Sozialstaat	26
„Überfremdet“ sind wir schon immer	28
Reichtum gefährdet unseren Wohlstand	30
Was kann man tun?	32
Quellen	34

europa nimmt nur wenige flüchtlinge auf

Die Zahl der Asylsuchenden in Europa steigt. „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen“, heißt es nun.

RICHTIG IST: DAVON SIND WIR LICHTJAHRE ENTFERNT. NUR EIN BRUCHTEIL DER FLÜCHTLINGE KOMMT NACH EUROPA.

Weltweit sind nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge UNHCR 45 Millionen Menschen auf der Flucht, davon sind 29 Millionen nicht einmal über die eigenen Staatsgrenzen hinausgekommen.[1] **81 % der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern.** Die meisten Flüchtlinge bleiben in der Region, warten und hoffen auf eine Möglichkeit zur Rückkehr. Denen, die weiter wollen, fehlen häufig die Mittel: Wer zu arm ist, kann es nach Europa gar nicht schaffen.

Fast immer sind es die Nachbarstaaten von Krisenländern, die in kurzer Zeit Hunderttausende von Flüchtlingen aufnehmen müssen. Das wird besonders deutlich an der aktuellen Flüchtlingskatastrophe, die die Syrer/innen binnen eines Jahres zur zweitgrößten Flüchtlingsgruppe weltweit gemacht hat: Seit 2011 sind über zwei Millionen Kriegsflüchtlinge in die Nachbarstaaten Syriens gekommen, von ihnen hat allein der Libanon 800.000 aufgenommen.[2] Dabei zählt das Land nur 4,5 Millionen Einwohner. Seit über 30 Jahren fliehen Menschen aus Afghanistan, aktuell gibt es rund 2,5 Millionen afghanische Flüchtlinge, von denen 95 Prozent in Pakistan und Iran leben. Die drittgrößte Flüchtlingsgruppe weltweit kommt aus Somalia: Von über zwei Millionen geflohenen Menschen ist die Hälfte innerhalb des Landes vertrieben, rund eine Million floh über die Grenze vor allem in Nachbarstaaten: Allein im Flüchtlingslager Dadaab in Kenia leben eine halbe Million Menschen unter prekären Lebensumständen in der Wüste, ohne Chance, jemals von dort wegzukommen.

In den europäischen Staaten kommt nur ein Bruchteil der Flüchtlinge an. Eine Flucht hierher ist teuer und gefährlich; zudem droht sie immer zu scheitern, denn **legale Wege nach Europa gibt es für Flüchtlinge nicht.**[3] Im Laufe des Jahres 2012 wurden weltweit über sieben Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Im gleichen Zeitraum baten 355.000 Menschen in 38 europäischen Staaten um Asyl[4] – das wären umgerechnet gerade einmal fünf Prozent.

nach deutschland kommen mal mehr, mal weniger asylsuchende

Gefühlt ist Deutschland Hauptzielland aller Flüchtlinge in Europa.

RICHTIG IST: INNERHALB EUROPAS LIEGT DEUTSCHLAND MIT SEINEN ASYLZAHLEN SEIT JAHREN IM MITTELFELD.

2013 baten in Deutschland knapp 110.000 Menschen um Asyl, 2012 waren es 65.000 Asylsuchende.[5] Es ist vor allem für die Betroffenen eine traurige Tatsache, dass derzeit besonders viele Menschen in Staaten wie Syrien, Afghanistan und anderen fliehen müssen, um ihr Leben zu retten. Für Deutschland als Aufnahmeland ist die zuletzt sprunghaft gestiegene Zahl der Asylsuchenden aber **kein Grund zur Besorgnis.** In der Vergangenheit gab es niedrigere, aber auch weit höhere Asylzahlen.

2007 war die Asylantragszahl in Deutschland auf dem historischen Tiefstand: 20.000 Menschen baten damals um Asyl. Anfang der 90er Jahre hatte die Zahl um ein Vielfaches höher gelegen – zwischen 190.000 und 438.000 Asylsuchenden. Die Zahl der schutzsuchenden Menschen ist abhängig davon, wo und wie sich Kriege und humanitäre Katastrophen entwickeln. **Mit Schwankungen ist immer zu rechnen.**

Auch der EU-Vergleich relativiert die Zahl: Zwar hat die Bundesrepublik die meisten Asylanträge, gemessen an der Bevölkerungsgröße bewegt sie sich jedoch seit Jahren im Mittelfeld: Mit **neun Asylanträgen pro 10.000 Einwohner** lag Deutschland 2012 auf Platz zehn der EU-Staaten, auch 2013 – so ist nach der statistischen Auswertung zu erwarten – belegte Deutschland keinen Spitzenplatz.

Allerdings sagt der Vergleich der Asylzahlen innerhalb Europas noch nicht zwangsläufig etwas über die Zahl der Flüchtlinge aus: Beispielsweise werden in Griechenland immer noch tausende Flüchtlinge einfach als Illegale inhaftiert, unter ihnen viele, die aus Kriegsstaaten wie Afghanistan oder Syrien kommen. Weil sie dort keine Chance erhalten, ihren Asylantrag zu stellen, werden sie auch nicht als Asylsuchende mitgezählt. Tatsächlich müssten die Asylzahlen einiger Länder im Süden Europas also höher liegen als angegeben.

99 % der asylsuchenden haben gute gründe

Ahnungslose sind überzeugt: „Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge.“

RICHTIG IST: DIE GRÜNDE, DIE MENSCHEN IN DIE FLUCHT TREIBEN, WIEGEN SCHWER. SIE HEISSEN KRIEG, VERFOLGUNG, EXISTENZGEFÄHRDUNG.

Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles los – Heimat, Besitz, Familienangehörige, vielleicht sogar Kinder – und das alles nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, sieht darin oft die letzte Überlebenschance.

Die größte Gruppe unter den Asylsuchenden in Deutschland sind derzeit Flüchtlinge aus der Russischen Föderation (rund 14.900 Asylanträge im Jahr 2013). Sie kommen fast ausnahmslos aus dem Nordkaukasus, vor allem aus Tschetschenien. Dort finden laut Asyl-Bundesamt **„fortlaufend Menschenrechtsverletzungen** statt. Kampfhandlungen und Anschläge sind fast an der Tagesordnung.“[6] Kriegsflüchtlinge aus Syrien (11.900) stellen diezweitgrößte Gruppe. Weitere Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden sind Afghanistan (7.700), wo **Anschläge, gezielte Verfolgungen und Machtkämpfe** täglich mehr zivile Opfer fordern, und Irak (4.000), wo die Situation ähnlich ist. In Pakistan fliehen vorwiegend Angehörige der Ahmadiyya-Minderheit vor religiös motivierter Gewalt oder vor staatlichen Strafen bis hin zur Todesstrafe (4.100). Aus dem Iran fliehen seit Jahren unvermindert Menschen vor Verfolgung durch das Regime (4.400). 3.600 Asylsuchende versuchten der Militärdiktatur Eritreas zu entkommen, 3.800 dem *zerfallenen Staat* Somalia, der großteils von **brutalen Warlords** beherrscht wird.

Nach dem deutschen Asylrecht werden die Fluchtgründe nur zum Teil anerkannt. Von den Fällen, die vom Asylbundesamt 2013 inhaltlich geprüft wurden, erhielten allerdings fast 40 Prozent der Asylsuchenden in erster Instanz einen Schutzstatus.[7] Ein Teil der Abgelehnten ist danach noch mit einer Klage vor Gericht erfolgreich.

politiker missbrauchen unser asylrecht

Manche behaupten: Asylsuchende Roma haben es nur auf Sozialleistungen abgesehen.

RICHTIG IST: POPULISTEN MACHEN STIMMUNG GEGEN ROMA.

Bei Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien handelt es sich überwiegend um Roma. Dass diese Flüchtlinge arm sind, ist den meisten Menschen bekannt. Weniger klar ist, wie groß ihre Not ist und welche Ursachen das hat. Die zentrale Antwort ist: Wie keine andere Gruppe in Europa werden Roma von vielen in der Mehrheitsbevölkerung **abgelehnt und benachteiligt,** von manchen sogar attackiert. Die EU-Kommission hat festgestellt, dass die Roma in allen Balkanstaaten einer Rundum-Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie daran hindert,ein normales Leben zu führen: Sie erhalten keinen Zugang zu Wohnungen und leben deshalb in Slums, oft sogar **ohne Strom und Heizung.** Sie haben **kaum Zugang zu Bildung, zu Arbeit, zu Gesundheitsversorgung.**[8] Nach Angaben der serbischen Regierung haben 30 Prozent der Roma in Serbien **kein sauberes Trinkwasser,** 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation. Laut UNICEF haben Roma-Kinder eine **um ein Drittel geringere Chance, das erste Lebensjahr zu erreichen,** als andere Kinder. Immer wieder werden Roma Opfer **rassistischer Gewalt.**[9]

Wenn wir an Roma denken, haben wir ein bestimmtes, oft negatives Bild im Kopf. Dabei leben Zehntausende von ihnen, als „Gastarbeiter" gekommen, seit den 60er Jahren in Deutschland – bürgerlich, ordentlich, unauffällig, als Angehörige einer ethnischen Minderheit quasi „unerkannt".

Seit 2012 wird asylsuchenden Roma von einigen Politikern öffentlich Asylmissbrauch unterstellt. Die Betroffenen werden in **Asyl-Schnellverfahren** abgelehnt, die nicht den Standards entsprechen. Als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt wurde beispielsweise der Asylantrag von Frau D. Ihr war nach einer Vergewaltigung durch Sicherheitskräfte nicht nur die polizeiliche Anzeige, sondern auch die Behandlung im Krankenhaus verweigert worden.[10] In der deutschen Öffentlichkeit gilt eine Asyl-Anerkennungsquote nahe Null wiederum als Beleg dafür, dass Roma nur der Sozialleistungen wegen kommen.

Statt die Diskriminierung der Roma in ihren Herkunftsstaaten angemessen zu berücksichtigen, wird diese in Deutschland durch fragwürdige Asylverfahren fortgesetzt. Durch die asylrechtliche Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien -Herzegowina als „sichere Herkunftsländer" **will die Bundesregierung die individuellen Asylgründe von Roma künftig regelmäßig gar nicht erst prüfen.** So werden die Vorurteile gegen Roma hierzulande einmal mehr verstärkt.

wir können die probleme der welt lösen

Egoisten sagen: „Unser Asylrecht kann die Probleme der Welt nicht lösen, wir haben genug eigene Probleme.“

RICHTIG IST: WIR SIND MITVERANTWORTLICH FÜR DIE BEDINGUNGEN, DIE MENSCHEN IN DIE FLUCHT TREIBEN.

Selbstverständlich ist die Politik der Industriestaaten nicht allein verantwortlich für Fehlentwicklungen, Misswirtschaft, Despotie und Bürgerkriege in anderen Staaten. In einer Welt, in der global gehandelt und Politik gemacht wird, sind Zusammenhänge aber nicht zu leugnen. **Über viele Jahre haben die europäischen Regierungen unterdrückerische Regime und Gewaltherrschaften gestützt.** Ein Ziel: Die vorverlagerte Flüchtlingsabwehr.[11] Die nordafrikanischen Diktatoren Gaddafi in Libyen und Ben Ali in Tunesien wurden vom Westen ähnlich hofiert wie die repressiven arabischen Regime Saddam Husseins im Irak, Assads in Syrien und – bis heute – die despotischen Königshäuser Saudi-Arabiens und andere Golfstaaten. Die Kriege, die die USA mit ihren europäischen Verbündeten beispielsweise im Irak oder in Afghanistan geführt haben, haben neue Fluchtbewegungen ausgelöst.

Beim Handel sitzen die **Industriestaaten am längeren Hebel** und machen Geschäfte zum eigenen Vorteil: Fischereiabkommen der EU mit afrikanischen Küstenstaaten wie Mauretanien haben dafür gesorgt, dass große EU-Trawler die Fischreserven aus der Tiefsee holten, während die einheimischen Fischer die Lebensgrundlage ihrer Familien verloren.[12]

Den CO_2-Ausstoß verursachen maßgeblich die Industrie- und Schwellenstaaten, die dramatischen Folgen des Klimawandels – Dürre, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen – treffen vor allem die Bevölkerungen in armen Gegenden. Die Prognosen zur künftigen Zahl der **Klimaflüchtlinge** schwanken. Insgesamt haben die Expertinnen und Experten aber keinen Zweifel daran, dass in Zukunft viele Millionen Menschen infolge von Klimaveränderungen fliehen werden.[13]

Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen, ist eine gute Idee. Es irrt aber, wer glaubt, wir Europäer und unser Lebensstandard hätten damit nichts zu tun. Ob wir wollen oder nicht: Ohne eine **konsequentere Menschenrechts- und Umweltpolitik Europas** und ohne **gerechtere Weltwirtschaftsbedingungen** wird die Zahl der Flüchtlinge nicht geringer werden.

afrika ist arm und reich

Wer an Afrika denkt, hat oft Klischees im Kopf: Schwarz, kriegerisch, exotisch, arm.

RICHTIG IST: DER AFRIKANISCHE KONTINENT IST RIESENGROSS UND VIELSEITIG – UND LÄNGST NICHT ALLE AFRIKANER/INNEN SIND AUF DEM WEG NACH EUROPA.

In 38 europäischen und sechs nichteuropäischen Industriestaaten haben 2012 zusammengenommen etwa 120.000 Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten einen Asylantrag gestellt. Sie stellten damit 25 Prozent der Asylsuchenden.[14] In Deutschland waren 2012 unter den Asylsuchenden mit genau 8.327 **gerade einmal 13 Prozent afrikanische Flüchtlinge.**

Zehn Millionen Flüchtlinge leben derzeit in Afrika, davon sieben Millionen als Vertriebene im eigenen Land, rund drei Millionen Menschen haben in jeweils anderen afrikanischen Ländern Schutz gesucht.[15] Nicht selten leben sie dort jahrelang unter prekären Umständen. **Zehn Millionen schutzbedürftige Menschen** auf der Flucht sind eine dramatisch große Zahl. Was allerdings oft aus dem Blick gerät: Afrika ist groß. **Auf dem Kontinent leben über eine Milliarde Menschen.**

Hungersnöte oder Kriege prägen vielfach das Bild von Afrika. Dabei besteht der afrikanische Kontinent aus **54 unterschiedlichen Staaten.** Darunter sind stabile Demokratien wie Botswana ebenso wie repressive Diktaturen wie Eritrea oder zerfallene Staaten wie Somalia. Die Entwicklung des Kontinents wird von Experten wie dem „Afrika Progress Panel" positiv eingeschätzt: Die Zahl der Demokratien nimmt zu, und in vielen Staaten wächst die Wirtschaft überdurchschnittlich.[16] Viele Staaten in Afrika sind reich: Sie haben Bodenschätze wie Erdöl, Diamanten und Kupfer. Das Problem dabei: **Die Profite aus dem Rohstoffhandel landen nicht bei der Bevölkerung,** sondern gehen fast nur an herrschende Eliten und ausländische Unternehmen.[17]

Oft nehmen wir nur wahr: Afrika braucht unsere Hilfe. Doch Armut ist nicht eine Folge von Unfähigkeit, sondern vor allem eine Frage von politischen Entscheidungen, von **Macht und Geldflüssen in der globalisierten Welt.** Zum Beispiel „Landgrabbing" – Landraub: Ausländische Konzerne, Regierungen und Spekulanten haben in den letzten Jahren Millionen Hektar Land in afrikanischen Entwicklungsländern zu Billigpreisen gepachtet oder gekauft und exportieren die Erträge in die Industriestaaten. Die Menschen vor Ort haben nichts davon, im Gegenteil: Die ansässigen Kleinbauern wurden vertrieben, ohne Chance, selbst neues Land zu erwerben. Die Abhängigkeit der Menschen nimmt zu. Während riesige Mengen Nahrungs- und Futtermittel zum Profit der ausländischen Investoren produziert werden, wächst nebenan der Hunger.[18] Gegen solche **Ausbeutungsmechanismen** ist manche gut gemeinte „Entwicklungshilfe" ein wirkungsloser Selbstbetrug.

mehr wohnungen für flüchtlinge!

Hektisch eröffnete Notunterkünfte suggerieren: Wir haben nicht genug Platz, die neu ankommenden Flüchtlinge unterzubringen.

RICHTIG IST: MIT VERNÜNFTIGER PLANUNG KÖNNTEN WIR VIEL MEHR MENSCHEN AUFNEHMEN.

Die gestiegenen Flüchtlingszahlen haben den Bedarf an Unterkünften erhöht. Die örtliche Unterbringungsnot ist allerdings oft hausgemacht: Die Behörden haben ihre Planungen an den Asylbewerberzahlen um das Jahr 2007 orientiert – damals waren die Flüchtlingszahlen auf einem historischen Tiefstand, viele Flüchtlingsunterkünfte wurden seither geschlossen. Dabei war absehbar, dass insbesondere aus bestimmten Krisengebieten künftig auch wieder mehr Flüchtlinge kommen würden, doch die **Verwaltungen haben zu spät reagiert.** Zum Problem gehört auch der **Abbau des sozialen Wohnungsbaus.** Viele Kommunen haben ihre Immobilien verkauft und besitzen kaum noch günstigen Wohnraum.

Deutschland zählt rund 80 Millionen Einwohner und ist ein großes Land. Wenn im Laufe eines Jahres einhundert oder auch mehrere hundert Schutzsuchende in einer Stadt ankommen, die eine Unterkunft brauchen, kann das kurzfristig oder in bestimmten Orten eine Herausforderung sein, aber es ist **kein Grund zur Panik.**

Immer mehr Kommunen sehen Wohnungen als Wohnform für Flüchtlinge vor. Derzeit erfolgt die Unterbringung oft in so genannten „Gemeinschaftsunterkünften“, obwohl solche Einrichtungen teurer sind als normale Wohnungen. Das haben zum Beispiel der Landesrechnungshof Hessen oder die Städte Heidelberg, Berlin und Köln ausgerechnet.[19] Zudem werden Flüchtlinge selbst dann behördlich untergebracht, wenn sie aufnahmebereite Verwandte in Deutschland haben. So produziert man künstlich Kosten und setzt die Selbsthilfefähigkeit der Betroffenen außer Kraft.

Mehr und mehr Kommunen zeigen inzwischen, dass es auch anders geht: Sie entwickeln Konzepte, die eine Verbesserung der Unterbringungssituation von Flüchtlingen gewährleisten sollen. Sie informieren die lokale Bevölkerung rechtzeitig, sie versuchen, potenzielle private Vermieter zu finden oder Anwohner von Notunterkünften früh in den Aufnahmeprozess einzubeziehen. Dort, wo die lokalen Behörden **auf Großunterkünfte und Alarmismus verzichten,** kann der Prozess gut gelingen. Denn die Unterbringung von Flüchtlingen ist keine Platzfrage, sondern eine Frage der Organisation und des guten Willens.

vorurteile gefährden die sicherheit und ordnung in der nachbarschaft

Böse Geister flüstern es uns ein: Asylsuchende seien kriminell, gefährlich oder brächten den bisher so schönen und sicheren Stadtteil in Unordnung.

RICHTIG IST: FLÜCHTLINGE SIND SO VERSCHIEDEN WIE MENSCHEN EBEN SIND.

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Hinweise darauf, dass Flüchtlinge öfter straffällig würden als andere Menschen, gibt es nicht. Auch nicht, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung. **Die Kriminalstatistik der Polizei, die immer wieder als Argument für angeblich höhere Kriminalität „der Ausländer" herangezogen wird, ist irreführend.**[20] Ein wichtiger Grund: Die Polizeistatistik erfasst Tatverdächtige, nicht Täter/innen. Daraus kann man lediglich schließen, dass (vermeintliche) „Ausländer" häufiger unter Verdacht geraten und polizeilich kontrolliert oder angezeigt werden. Das aber ist vor allem ein Indiz für das Misstrauen, das ihnen häufig entgegenschlägt. Nicht zuletzt die Ermittlungen zu den NSU-Morden haben das erschreckend deutlich gemacht: Zehn Jahre lang wurden die türkischen oder griechischen Angehörigen der Opfer von der Polizei als mutmaßliche Täter/innen behandelt, während tatsächlich deutsche Rassisten die Täter waren – sie aber blieben von der Polizei lange unbehelligt.

Das Bundeskriminalamt selbst nennt eine Reihe von Gründen, wegen der „ein Vergleich der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung der nichtdeutschen Wohnbevölkerung mit der deutschen ... nicht möglich" ist und weist dabei auf eine schwierige Datenlage hin: Viele Täter „im Dunkelfeld" werden gar nicht ermittelt, außerdem erfasst die Statistik auch durchreisende Nichtdeutsche (etwa Touristen), deren Straftaten der ausländischen Wohnbevölkerung nicht zugeschrieben werden dürfen.[21] Ein weiteres Problem: Die Straftaten werden nicht unterschieden – obwohl z.B. Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz von deutschen Staatsangehörigen gar nicht begangen werden können.

Die Polizei hat zum Beispiel in Bremen und Berlin eigens darauf hingewiesen, dass es im Umfeld der örtlichen Asylunterkunft **keine erhöhte Kriminalitätsrate gibt.**[22] Tatsächlich verhindern vor allem Vorurteile, Misstrauen und mangelnde Kommunikation, dass Menschen in ihrem Stadtteil ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung haben.„Wo jeder jeden kennt", fühlt man sich wohl. Häufig setzen sich dort deutsche Nachbarn angesichts einer drohenden Abschiebung vehement für ihre ausländischen Nachbarn ein. Verunsicherten Nachbarn ist zu raten: **Lernen Sie die Menschen kennen,** die bei uns Schutz und Zuflucht suchen. Sie werden feststellen, dass Ihre Ängste auf Vorverurteilungen beruhen.

eine willkommenskultur erhält den wert ihrer immobilie

Manche Anwohner sagen: Wir wollen kein Flüchtlingsheim, weil unser Haus dann an Wert verliert.

RICHTIG IST: WOHNUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE MACHEN ES ALLEN SEITEN LEICHTER.

Viele Vorbehalte gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen entstehen vor dem Hintergrund, dass eine „Massenunterkunft“ geplant ist, mit allen als unschön empfundenen Begleiterscheinungen: Plötzlich gibt es zahlreiche unbekannte Menschen im Viertel, mangels Garten oder Spielzimmer halten sich insbesondere Kinder viel auf der Straße auf, viele Menschen machen mehr Lärm als wenige, zu klein geplante Müllcontainer quellen über. Solche Erscheinungen haben nichts mit Lebensstil zu tun, sondern sind eine Folge der Gemeinschaftsunterbringung. Massenunterkünfte gehen vor allem ihren Bewohner/innen auf die Nerven. Das erzwungene Zusammenleben mit anderen, die räumliche Enge, die mangelnde Privatsphäre, fehlende Integrationsangebote, die Ablehnung von außen: Vor dem Hintergrund der Flucht und der unsicheren Aufenthaltssituation ist das eine enorme psychische Belastung. **Flüchtlinge sollten in normalen Wohnungen untergebracht werden.** Dann ist auch die Chance größer, dass die Nachbarn keinen Bogen um sie machen, ja, vielleicht sogar auf sie zugehen.

Hinter der Weigerung, Flüchtlinge als neue Nachbarinnen und Nachbarn zuzulassen, steht allerdings auch oft die **(klammheimliche) Annahme, dass die Neuen „nicht hierher gehören“.** Vorurteile gegenüber Flüchtlingen führen zu der abwertenden Ansicht, dass diese weniger Anrecht auf ein schönes oder gar gehobenes Wohnumfeld hätten als man es selber hat. Das ist Rassismus. Wenn viele Menschen oder gar der Staat solchen Überlegungen folgen würden, führte das zum organisierten Fernhalten der als weniger wertvoll angesehenen Gruppen von Menschen von den vermeintlich höherwertigen. Im Südafrika des 20. Jahrhunderts hieß dieses Modell Apartheid. Die Folge davon waren extrem schlechtere Entwicklungschancen der schwarzen Bevölkerung und die Zuspitzung von Konflikten zwischen „Weißen“ und „Schwarzen“. Noch heute wohnen viele wohlhabende Weiße in Südafrika hinter fensterlosen Mauern und Stacheldraht, weil sie sich nur so sicher fühlen. Wenn wir dagegen in einer Gesellschaft leben wollen, in der wir uns ohne Angst frei bewegen können und in der weit gehender sozialer Frieden herrscht, müssen wir in den Wohngebieten, in Kindergärten, Schulen und am Arbeitsplatz Vielfalt fördern und darauf achten, dass **Freizügigkeit und die Freiheit, den eigenen Wohnsitz selbst zu bestimmen,** für alle gewahrt werden.

mehr steuergeld für flüchtlinge!

Viele Menschen denken: So viele Flüchtlinge aufzunehmen, können wir uns nicht leisten.

RICHTIG IST: MENSCHENRECHTE ZU BEACHTEN KOSTET GELD, UND DAS KÖNNEN WIR UNS LEISTEN. ZUDEM KÖNNEN FLÜCHTLINGE VIEL LEISTEN – WENN MAN SIE LÄSST.

Es ist eine juristische Tatsache: Flüchtlinge zu schützen ist eine humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, die keiner Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen darf. Das Asylrecht in unserer Verfassung, die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und andere Regelungen sind die teils gemeinsame Antwort vieler Staaten auf die Grausamkeiten von Krieg, Völkermord, Verfolgung. Nachdem Millionen von Menschen vor der Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus fliehen mussten oder dagegen kämpften, schrieben die Mütter und Väter des deutschen Grundgesetzes dem Schutz Verfolgter eine zentrale Bedeutung zu. **Für die Bundesrepublik sind das Asylgrundrecht, die europäische Gesetzgebung und vor allem das Völkerrecht verbindlich – auch dann, wenn es Geld kostet.** Wer das in Frage stellt, stellt unseren modernen Rechtsstaat in Frage.

Im Übrigen: Dass Zuwanderung den deutschen Staat Geld kostet, ist falsch. In einer Langzeitstudie wurde schon 2004 vorgerechnet, dass die Zugewanderten langfristig mehr Steuern gezahlt als Geldleistungen aus den Sozialkassen erhalten haben.[23] Der Staat profitiert insbesondere vom Zuzug junger, qualifizierter Erwachsener: Ihre Kindheit und Ausbildung haben nämlich andere Staaten bezahlt, in Deutschland bringt ihre Arbeitskraft Steuern, Wachstum und sogar neue Jobs.[24]

Schaut man sich die Gruppe der Flüchtlinge an, stellt man fest: Manchen Gewaltopfern, Kranken oder Traumatisierten muss dauerhaft geholfen werden. Viele andere aber sind qualifiziert, sie wollen lernen und arbeiten. Die Abschreckungspolitik vergangener Jahre hat die Arbeitsmotivation, die Tatkraft und das Können von Asylsuchenden behindert: durch Arbeitsverbote, fehlenden Deutschunterricht, die Unterbringung in abgelegenen Massenunterkünften, die Ausgabe von Essenspaketen statt Bargeld und andere Maßnahmen. Sinnvoll war das nicht, und langsam setzt sich die Erkenntnis durch: Je mehr investiert wird, je früher Flüchtlinge Zugang haben zu Deutschkursen, Berufsausbildung, Qualifizierung und anderen Hilfen, **desto eher wird die Gesellschaft auch wirtschaftlich gewinnen.**

einwanderung stützt den sozialstaat

Viele machen sich Sorgen: Immer mehr Zuwandernde bringen unseren Sozialstaat ins Wanken.

RICHTIG IST: OHNE EINWANDERUNG SEHEN WIR ALT AUS.

Im Jahr 2012 sind 1,08 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert, davon waren nur **rund 65.000 Asylsuchende – das sind sechs Prozent.** Viel größer ist die Zahl derer, die aus anderen Gründen kommen: Studierende, Geschäftsleute, Arbeitnehmer/innen, junge EU-Bürger/innen auf der Suche nach einer Lebensperspektive in der Finanzkrise. Selten beachtet wird die große Zahl der Fortzüge: Ebenfalls 2012 sind 712.000 Menschen aus Deutschland (wieder) ausgewandert. Unter dem Strich blieb ein **Zuwanderungsplus von weniger als 300.000 Menschen.** Weil darunter besonders viele qualifizierte und junge Menschen waren, feierte die Bundesregierung den Anstieg der Zuwanderung als **„Riesengewinn für alle Seiten“**.[25]

Die Behauptung von der so genannten „Armutszuwanderung“ aus Rumänien und Bulgarien in das deutsche Sozialsystem ist inzwischen mehrfach widerlegt worden. Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit waren zur Jahresmitte 2013 nur je 0,3 Prozent der Hartz-IV-Bezieher Bulgaren oder Rumänen. Ihre Arbeitslosenquote lag unter dem Schnitt der Gesamtbevölkerung.[26]

Experten aus Wirtschaft und Politik sind sich seit Jahren einig, dass die deutsche Gesellschaft schon aus demografischen Gründen auf Zuwanderung angewiesen ist – um die wirtschaftliche Entwicklung zu befördern, die Renten von alten Menschen und die Versorgung von Kindern abzusichern. Dafür sind angesichts der stark zurückgehenden Bevölkerungszahl allerdings auch 300.000 Zugewanderte pro Jahr noch zu wenig.

„überfremdet“ sind wir schon immer

Neonazis behaupten, durch Zuwanderung gehe die deutsche Kultur zu Grunde.

RICHTIG IST: DIE ANGEBLICH „DEUTSCHE“ KULTUR UND BEVÖLKERUNG SPIEGELT EINE JAHRTAUSENDE LANGE MIGRATIONS-GESCHICHTE WIDER.

Auf den ersten Blick scheint verwunderlich, dass Menschen gerade in solchen Gegenden mehr Angst vor einer vermeintlichen „Überfremdung“ haben, wo statistisch gesehen die wenigsten „Ausländer“[27] leben. Auf den zweiten Blick ist dies jedoch plausibel: Wo Alteingesessene meist unter ihresgleichen bleiben, fallen Menschen anderer Herkunft auf – egal wie unauffällig sie sich benehmen. Wo Menschen nicht mit Migrantinnen und Migranten in Kontakt kommen, halten sich auch rassistische Vorurteile am längsten. An Orten dagegen, in denen schon lange viele Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben, stellt sich schneller **Gelassenheit und Normalität** ein.

Denn ob in der Großstadt oder auf dem flachen Land: **Migrantinnen und Migranten waren schon immer da.** Migration ist ein Prozess, der die Gesellschaft seit Jahrtausenden nicht nur dauernd verändert, sondern „uns“ auch zu dem gemacht hat, was „wir“ heute sind. Das "reine deutsche Volk“ oder die „deutsche Kultur“ ist schon immer eine Erfindung gewesen. Beginnend mit der Menschheitsgeschichte müsste man sagen: **Eigentlich sind wir alle Afrikaner/innen,** denn menschliche Knochenfunde aus Äthiopien und Kenia weisen darauf hin, dass die Menschen einst von dort ausgehend die anderen Erdteile besiedelten. Seither ist alle Geschichte immer auch eine Geschichte der Migration, besonders in Europa: Die so genannte „Völkerwanderung“ hunderttausender Menschen in der Spätantike war tatsächlich ein gigantischer Prozess der Vermischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, und das ist in der Geschichte der Normalfall.

Im 18. und 19. Jahrhundert flohen auch Millionen Deutsche vor religiöser Repression und bitterer Armut nach Russland und vor allem nach Amerika. Die daraus resultierende „Leutenot“ machte Deutschland von hunderttausenden polnischen Wanderarbeitern abhängig. Mit den „Gastarbeiter/innen“ des 20. Jahrhunderts wurde Deutschland wieder zum Einwanderungsland. Politiker/innen, Schauspieler/innen oder Nachrichtensprecher/innen mit familiärem „Migrationshintergrund“ gehören inzwischen zur Normalität, Döner und Pizza sind schon lange Bestandteile der deutschen Kultur. Auch wenn rechte Populisten und gewaltbereite Gruppen versuchen, gegen die Einwanderungsgesellschaft Stimmung zu machen: Die deutsche Bevölkerung war immer schon eine ungeplante Mischung. **Irgendwann werden aus Zugewanderten Einheimische.** Wenn die ehemals „Fremden“ eine Weile da sind, sind sie nicht mehr fremd – nur fällt das dann niemandem mehr auf.

reichtum gefährdet unseren wohlstand

Wer selber wenig hat, denkt vielleicht: Auch in Deutschland sind viele Menschen arm. Wenn Flüchtlinge kommen, nehmen sie „uns“ die Arbeitsplätze weg oder leben von „unseren“ Steuern.

RICHTIG IST: DAS PROBLEM DER ARMEN IST DIE UNGLEICHE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS.

Sind Flüchtlinge arbeitslos, klagen viele über die Sozialhilfekosten, die man ja irgendwie mitbezahle. Sind sie es nicht, fürchten sie die Konkurrenz um Arbeitsplätze. Dabei ist die Angst, dass Flüchtlinge der Wohnbevölkerung die Arbeitsplätze wegnähmen, unbegründet: Forscher, die den Zusammenhang von Zuwanderung und lokaler Arbeitslosigkeit untersucht haben, fanden **keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkterfolg** von Einheimischen.[28] Langfristig profitieren die Einheimischen sogar von der Zuwanderung.[29]

Auch die Rechnung, dass die Versorgung von Flüchtlingen Arme noch ärmer mache, geht nicht auf: Kämen tatsächlich weniger Flüchtlinge, bekäme ein arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger nicht einen Cent mehr, geringe Löhne würden deshalb nicht steigen, und Mittelständler hätten nicht weniger Angst vor dem sozialen Absturz. Hinter diesen Sorgen steht nämlich ein anderes, weit größeres Problem: die **wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich.** In den letzten Jahren sind die höheren Einkommen gestiegen, während der Lohn der ohnehin schlechter bezahlten Vollzeitbeschäftigten nach Abzug der Inflation noch gesunken ist.[30] Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen über die Hälfte des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte der Haushalte verfügt dagegen über nur gut ein Prozent.[31]

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ **Geld ist genug da** – würde es zum Nutzen aller Menschen in Deutschland gerechter verteilt, könnten alle angstfrei und menschenwürdig leben. Hier hätten in der Tat viele einen Grund, sich zu beschweren – aber nicht ausgerechnet über Flüchtlinge, die Schwächsten, die diese Zustände am allerwenigsten beeinflussen.

gegen unkenntnis, vorurteile und rassismus – was kann man tun?

■ **Begegnen Sie Vorurteilen in Ihrem Umfeld mit Fakten,** zum Beispiel über die Situation in den Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen. Manchmal reicht eine Wortmeldung in einer Versammlung, um die Stimmung zu drehen.

■ **Machen Sie sich und anderen die Macht der Worte bewusst.** Wenn Politiker etwa die Asylantragszahlen „alarmierend" nennen oder Medien von „Flüchtlingsströmen" sprechen, löst das Ängste aus. Sachlich betrachtet sind viele Begriffe unangemessen, sogar falsch. Machen Sie Medienvertreter/innen und Bürger/innen darauf aufmerksam.

■ **Schreiben Sie Leserbriefe und kommentieren Sie Sendungen in Radio und Fernsehen.** Auf den Kommentarseiten vieler Zeitungen und in Internetblogs breiten sich ungehindert Pöbeleien und schlichte Dummheiten aus. Setzen Sie Sachaufklärung und Mitmenschlichkeit dagegen.

■ **Zeigen Sie Flagge.** Fast überall, wo es zu Protesten gegen Flüchtlinge kommt, bilden sich Initiativen, die sich öffentlich rassistischer Hetze entgegenstellen. Je früher viele Menschen und Organisationen Flagge zeigen, desto eher wird eine Hass- und Gewaltspirale unterbrochen. Wer die örtlichen Rechtsextremen kennt, kann auf rassistische und gewalttätige Strukturen im Hintergrund von Protesten gegen Wohnheime hinweisen.

■ **Schmieden Sie Bündnisse.** Sprechen Sie in Ihrer Stadt oder Gemeinde Menschen von Institutionen an, denen Sie zutrauen, dass sie sich gegen Rassismus stark machen: Zum Beispiel Menschen aus der Kirchengemeinde, aus Parteien und Gewerkschaften, aus dem Kultur- oder Bildungsbereich oder aus dem Sport.

■ **Suchen und vermitteln Sie Kontakt.** Begegnungen helfen enorm, Vorurteile und Berührungsängste abzubauen und das Sicherheitsgefühl beider Seiten zu stärken. Organisieren Sie Kennenlernabende, Filmvorführungen, gemeinsame Diskussionen. Oft finden sich dann Anwohnerinnen und Anwohner, die Flüchtlinge unterstützen oder Dinge gemeinsam tun wollen: Sie geben Hausaufgabenhilfe, machen Stadtrundgänge, kochen gemeinsam oder reparieren Fahrräder.

■ **Setzen Sie sich für gute Aufnahmebedingungen ein.** Massenunterkünfte, Arbeitsverbote und die Verpflegung mit Sachleistungen signalisieren: „Die gehören nicht zu uns, sie haben kaum Rechte und erhalten unsere Fürsorgeleistungen." Damit werden Flüchtlinge leicht zur Zielscheibe von Wut und Frustration. Flüchtlinge dagegen, die in einer Wohnung leben, Deutsch lernen und sich ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten dürfen, werden viel leichter akzeptiert. Wenden Sie sich an die Verantwortlichen – Stadtverwaltung, Beratungsstellen und andere – um die Kommune zu einer positiven Politik der „Integration von Anfang an" zu bewegen.

■ **Lassen Sie sich beraten.** Die Flüchtlingsräte der Bundesländer helfen mit Erfahrungen, Informationen und Kontakten: http://gg.gg/fluechtlingsraete. In zahlreichen Regionen gibt es mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, eine Übersicht finden Sie hier: http://gg.gg/beratungsteams.

Quellen

1 Alle nicht anders gekennzeichneten Zahlen dieses Abschnitts sind von UNHCR (2013): Global Trends 2012. Displacement. The new 21st Century Challenge.

2 UNHCR, http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php, Stand 30.10.2013.

3 Eine Ausnahme gilt für einige wenige Flüchtlinge, die über ein humanitäres Aufnahmeprogramm aufgenommen werden.

4 UNHCR (2013): Asylum Trends 2012. Levels and Trends in Industrialized Countries.

5 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Stand 10.01.2014.

6 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Einzelentscheiderbrief 5/2013.

7 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe Dezember 2013. Ohne formelle Entscheidungen.

8 EU Kommission (2013): Dritter Bericht zur Visaliberalisierung.

9 Dr. Karin Waringo (2013) hat im PRO ASYL-Bericht „Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat" zahlreiche Informationsquellen ausgewertet. Siehe auch PRO ASYL, Pressemitteilung vom 16.10.2012.

10 Bayerischer Flüchtlingsrat, Presseerklärung vom 4.12.2012.

11 Schwiertz, Helge (2011): Foucault an der Grenze. Mobilitätspartnerschaften als Strategie des europäischen Migrationsregimes. Berlin: LIT, S.101f.

12 Einen Einblick in die Thematik bietet zum Beispiel „Die Zeit" vom 2.4.2012. Inzwischen hat die EU strengere Fischereiregeln für die EU-Trawler beschlossen, wie Francisco Marí im Blogbeitrag von Brot für die Welt vom 30.05.2013 erklärt. Gelöst sind die Probleme aber noch längst nicht, wie zum Beispiel der Protest von Greenpeace und lokalen Fischerverbänden im September 2013 in Mauretanien zeigt.

13 Nach Medienberichten, z.B. Online-Ausgabe der „Zeit" vom 10. Juni 2009.

14 UNHCR (2013): Asylum Trends 2012. Levels and trends in industrialized Countries. Die genannte Zahl von 120.000 ergibt sich aus der Prozentangabe in der Quelle.

15 UNHCR (2013): Global Trends 2012, S.41.

16 Afrika Progress Panel Report (2013), s. dazu deutschsprachige Medienberichte der Schweizer NGO Erklärung von Bern, http://www.evb.ch/p25021435.html und der Online Ausgabe der „Zeit" vom 10.05.2013

17 Ebd.

18 Weitere Infos zum Thema gibt es zum Beispiel bei Oxfam unter oxfam.de/informieren/landgrabbing.

19 Lt. Flüchtlingsrat Niedersachsen, http://www.nds-fluerat.org/9832/aktuelles/initiativen-fordern-nachhaltige-konzepte-fuer-die-aufnahme-und-unterbringung-von-fluechtlingen/

20 Bundeszentrale für Politische Bildung (2012): „Ausländerkriminalität" – statistische Daten und soziale Wirk-lichkeit, http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76639/auslaenderkriminalitaet?p=all

21 Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 2012, bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pks__node.html

22 Laut Medienberichten: taz vom 2.7.2013, fr-online.de vom 11.07.2013 oder berliner-zeitung.de vom 11.07.2013).

23 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2004): Fiskalische Kosten der Zuwanderer. Gutachten für den Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration.

24 Berechnungen des Forschungszentrums Generationenverträge (Uni Freiburg) lt. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.11.2010; http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/zuwanderung-inder-sind-billiger-als-kinder-1590105.html

25 Online Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7.5.2013, http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/statistisches-bundesamt-einwanderung-in-deutschland-2012-auf-rekordniveau-12175314.html.

26 Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit, Kurzbericht 16/2013

27 Siehe z.B. Online-Ausgabe des Handelsblatts vom 15.8.2012, http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/wissenswert/wissenswert-die-besten-waffen-gegen-rechtsradikale/6966248.html

28 Thomas K. Bauer, Regina Flake und Mathias Sinning (2011): Ruhr Economic Papers #257, Labor Market Ef-fects of Immigration – Evidence from Neighborhood Data.

29 So zum Beispiel Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht 26/2010.

30 Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013), S.XXIV.

31 Ebd., S.XII. Siehe dazu auch Vorab-Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 19.9.2012, http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neuer-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung-reiche-trotz-finanzkrise-immer-reicher-1.1470673.

Mit Unterstützung von:

Adolf-Bender-Zentrum e.V.

Bundesarbeitgemeinschaft Kirche und Rechtextremismus

ContRa e.V.

Freudenberg Stiftung Weinheim

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V.

LidiceHaus

Mobiles Beratungszentrum gegen Rechtsextremismus Hamburg

Mobiles Beratungszentrum gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur e.V., Hessen

Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.

Netzwerk für Demokratie und Courage e.V., Landesnetzstelle Rheinland-Pfalz

RAA Mecklenburg-Vorpommern

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.